

Gliederung und Titel («Studien») die Schwierigkeit, die (aus der Analyse gedruckter Materialien gewonnenen) Daten zu einem Gesamtbild »der« gewerkschaftlichen Organisation zu integrieren. Man braucht keine prophetischen Gaben, um vorherzusagen, daß die differenzierte Aufarbeitung des Materials zur Organisationsgeschichte indessen eine unentbehrliche Hilfe für die noch zu schreibende Gesamtgeschichte der Gewerkschaften ist.

Michael Schneider

Heinrich Potthoff, Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution und Inflation, hrsg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 66), Droste Verlag, Düsseldorf 1979, 504 S., kart., 84 DM.

Bereits im Zuge des Ersten Weltkrieges hatte sich das Aufgabenfeld der Gewerkschaften enorm verbreitert; war die Ambivalenz dieses Vorganges unter den Bedingungen von Krieg, Rüstungswirtschaft und Monarchie bereits bekannt, so bestand bisher eine Lücke in der wissenschaftlichen Erforschung der Rolle, die die Gewerkschaften in den Anfangsjahren der ersten parlamentarisch-demokratischen Republik Deutschlands gespielt haben. Gestaltungswille, Handlungsspielraum und Funktion der Gewerkschaften in der Krisenzeit zu Beginn der 20er Jahre detailliert zu analysieren, unternimmt Heinrich Potthoff mit der hier anzudeutenden Studie, die — das sei schon hier angemerkt — für die folgenden Jahre der Weimarer Republik zur Nachahmung anregt.

Nach der Schilderung des Umorientierungsprozesses der Freien Gewerkschaften, wobei sowohl Probleme der Organisations- als auch der Programmentwicklung differenziert nachgezeichnet werden, geht es dann um die Beleuchtung der gewerkschaftlichen Politik hinsichtlich einzelner innen- und außenpolitischer Themenkomplexe, von denen hier nur genannt seien: Rätefrage, Sozialisierung und Arbeitsgemeinschaft ebenso wie Versailler Vertrag, Reparationsfrage und Oberschlesienproblem. Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Analyse der Rolle der Gewerkschaften in Kapp-Putsch und Ruhrkampf. In abschließenden Kapiteln werden dann nochmals systematisch das Verhältnis von ADGB — auf diesen konzentriert sich im übrigen die Studie — und sozialistischen Parteien sowie die Bedeutung der Gewerkschaften im Weimarer parlamentarischen System behandelt — Probleme, die zusammen mit der Analyse des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeitgeberschaft und Gewerkschaften sowie der gewerkschaftlichen Beziehung zur Exekutive auch die Arbeit insgesamt durchziehen.

Potthoff gelingt — auf der Basis einer breiten Quellenauswertung, die gerade auch unveröffentlichte Materialien u. a. aus dem August-Bebel-Institut, dem Bundesarchiv Koblenz (Reichskanzlei) und dem Deutschen Zentralarchiv Potsdam (Büro des Reichspräsidenten) mit großem Gewinn insbesondere für die Rolle der Gewerkschaften bei Entscheidungsvorgängen von Regierungsstellen einbezieht — der Nachweis, daß die Freien Gewerkschaften die Erweiterung ihres Aktionsfeldes kaum konsequent selbst gesucht haben; vielmehr sind sie — gerade im außenpolitischen Bereich, in Fragen »nationaler Bedeutung« — von den verschiedenen Regierungen zu Stellungnahme und Hilfeleistung gedrängt worden. Die Bereitwilligkeit, mit der der ADGB in Ruhrkampf und Oberschlesienfrage die Regierungspolitik unterstützte, wurde offenbar auch durch die Erfahrung der eigenen politischen Ohnmacht, die man nach dem Kapp-Putsch gemacht hatte, nicht maßgeblich erschüttert. Überzeugend, weil genau belegt, weist Potthoff nach, daß die weitgehend fremdbestimmte Politisierung den Gewerkschaften kaum Vorteile gebracht hat; das Anwachsen der innerorganisatorischen Opposition einerseits, die geringen Erfolge der Integrationsbereitschaft andererseits unter-

stützten Überlegungen, sich doch besser wieder auf das traditionelle Betätigungsfeld der Gewerkschaften — Tarif- und Sozialpolitik — zurückzuziehen. So mögen gerade auch die Erfahrungen der Anfangsjahre der Weimarer Republik zur Ausbildung einer politischen Abwartehaltung beigetragen haben, deren Schwächen sich in der Krise zu Beginn der 30er Jahre offenbaren sollten.

Michael Schneider

Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921, inkl. Protokoll der Parteikonferenz in Weimar am 22. und 23. März 1919, Protokoll über die Verhandlungen der Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Berlin am 5. und 6. Mai 1920. Nachdrucke, hrsg. von Dieter Dowe mit einer Einleitung von Friedhelm Boll, 2 Bde. (= Reprints zur Sozialgeschichte bei J. H. W. Dietz Nachf., hrsg. von Dieter Dowe), Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin/Bonn 1980, XXVIII, 1117 S., Ln. in Schuber, 300 DM.

Als der sozialdemokratische Parteiausschuß 1912 durch den Chemnitzer Parteitag ins Leben gerufen wurde, geschah dies vor allem als Konzession an die innerparteilichen Oppositionsströmungen jeglicher Couleur — die Parteilinke hatte eine Stärkung des »politischen« Elements gegenüber dem »bürokratischen« Parteivorstand gefordert, während es den süddeutschen Reformisten um ein föderalistisches Organ in der zentralistisch ausgerichteten Parteiorganisation gegangen war (Siehe: Carl E. Schorske, *German Social Democracy 1905—1917*, Cambridge, Mass. 1955, S. 216 ff.). Was den föderativen Charakter des Parteiausschusses anging, so war er in der Tat gesichert; er bestand aus je einem Vertreter der 41 Landes- und Bezirksverbände, zu denen später zusätzliche weibliche Bezirksvertreter kamen, falls es in einem Bezirk mehr als 7 500 weibliche Parteimitglieder gab. Seine Kontrollfunktion allerdings war nicht unerheblich eingeschränkt; zwar war er vom Parteivorstand wenigstens alle Vierteljahre einmal einberufen, um »über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteiinstitutionen, die die Partei dauernd erheblich belasten, über die Festsetzung der Tagesordnung des Parteitages sowie über die Bestellung der Referenten« zu beraten, wie das Parteistatut lautete. Daß er allerdings nicht beschlußfähig, sondern nur beratend und gutachtlich tätig werden durfte, schränkte die Einwirkungsmöglichkeiten des Parteiausschusses stark ein; schon 1912 hatte der Parteilinke Georg Ledebour die Vermutung geäußert, der Parteiausschuß werde kaum in die Lage kommen, eigenständiges Profil zu entwickeln: »Die Vorstandsmitglieder würden aufgrund ihrer intimeren Sachkenntnis und der Vertrautheit mit den laufenden Geschäften bereits mit vorgefaßten Meinungen und Beschlüssen an den Ausschuß herantreten und fast durchweg eine Mehrheit für sich gewinnen. Der Ausschuß würde so zu einer spanischen Wand werden, hinter der der Vorstand mit seiner bürokratischen Mehrheit nach wie vor tatsächlich die Geschäfte führt«. (Georg Ledebour, Parteiausschuß, Kontrollkommission und Fraktionsvertretung, in: *Neue Zeit*, Jg. 30, 1911/12, Bd. II, S. 509) Die Befürchtungen Ledebours bewahrheiteten sich durchaus; es kam noch hinzu, daß die meisten Parteibezirke ihre hauptamtlichen Parteisekretäre mit der Vertretung im Parteiausschuß beauftragten, also Funktionäre, die ihre Gehälter aus der zentralen Parteikasse erhielten und insofern zumindest indirekte Angestellte des Parteivorstandes waren, so daß energischer Widerspruch gegen dessen Vorschläge von ihnen selten zu erwarten stand. Gewiß kam es öfters zu kontroversen Debatten im Parteiausschuß — dafür sorgten in der Regel Bezirksvertreter, die dem Vorstand nicht materiell verpflichtet waren. An der vollständigen Prädominanz des Parteivorstandes gegenüber dem Parteiausschuß änderte das aber nichts. Gerade im Verlauf des Ersten